

Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin

Doppelhaushalt 2017/2018

I. Einführung

1. Allgemeine Finanzlage

Wir legen Ihnen heute den Doppelhaushalt 2017/2018 zur Beratung und Entscheidung vor. Dies geschieht in einer Situation, die von Unsicherheiten und Unwägbarkeiten beeinflusst ist. Natürlich beschäftigen uns, als Gesellschaft insgesamt, dabei besonders die politischen Situationen in den Krisengebieten der Erde, vor allem im Nahen Osten, die durch die Flüchtlingskrise auch Auswirkungen auf unsere Stadt haben. Aber auch innenpolitische Weichenstellungen, die die Finanzierungskraft der Kommunen beeinflussen, sind offen und ungeklärt.

Eine Prognose der kommunalen Spitzenverbände gibt zwar gute Werte für die Gesamtheit der Kommunalfinanzen wieder. Gute Durchschnittswerte dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass viele Städte, Landkreise und Gemeinden weiterhin mit großen Defiziten kämpfen müssen. Vielerorts droht eine Abwärtsspirale aus niedrigen Einnahmen, hohen Sozialausgaben und völlig unzureichenden Investitionen. Diese Problemlagen bestehen auch unabhängig vom Flüchtlingszuzug.

Insbesondere muss festgestellt werden, dass die Entwicklung der Sozialausgaben weiterhin ungebremst verläuft und die regulären Zuwächse der kommunalen Einnahmen deutlich übersteigt. Dies führt dazu, dass bei den betroffenen Kommunen auch über die nächsten Jahre hinaus an einen Schuldenabbau nicht zu denken ist.

Auch wenn die Kassenkreditentwicklung in der Dynamik etwas gebremst war, (was auch durch Sondereffekte, wie Schutzschirme, Entschuldungsprogramme und ähnliches erreicht wurde), verharrt diese derzeit auf hohem Niveau. Und

ausgerechnet dort, wo das Verschuldungsniveau ohnehin schon hoch ist, steigen die Kassenkredite auch jetzt weiter an. Diese Städte – und dazu gehört auch Ludwigshafen – befinden sich also nach wie vor in der Schuldenfalle.

Eine Einschätzung der aktuellen Finanzlage für die Jahre 2017 und 2018 ist zudem wegen offener Fragen zur Entlastung der Kommunen mit großen Unsicherheiten befrachtet. Wir gehen weiterhin von niedrigen Zinsen aus, gehen davon aus, dass der Flüchtlingszuzug gebremst bleibt, fordern, dass keine ausgabensteigernde Beschlüsse gefasst werden und setzen auf weiterhin sehr günstige, wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Unsere größte und nachhaltigste Forderung geht jedoch an Bund und Länder: Die notleidenden Kommunen müssen endlich für die Leistungen im sozialen Bereich auskömmlich finanziert werden und es muss über eine Abtragung der Altschulden gesprochen werden.

2. Die Situation im Vergleich zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2015/2016

Bei der Vorbereitung zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2017/2018 habe ich die Haushaltsrede zum letzten Doppelhaushalt durchgesehen. Eigentlich hätte ich die alte Haushaltsrede übernehmen und nur die Zahlen etwas verändern und aktualisieren können, weil sich die Situation der Kommunen und speziell unsere Situation in Ludwigshafen, nicht grundlegend verändert hat.

Unverändert ist die Bedeutung der Städte bei allen politischen Aufgaben. Die Städte sind Wirtschaftszentren, bieten Arbeitsplätze, bieten Infrastruktur, Angebote von der KiTa über die Schule, über das Krankenhaus bis zum ÖPNV, unterhalten Erholungsräume und Kultur- und Sportangebote und vieles mehr. Und die größte aktuelle Herausforderung, die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen, haben wir auch vor Ort gestemmt.

Unverändert ist die sehr gute konjunkturelle Lage mit der Folge, dass mit hohen Steuereinnahmen gerechnet werden kann.

Unverändert ist die niedrige Zinslandschaft, die dazu führt, dass wir zum Teil an Schulden sogar verdienen.

Unverändert ist die Disparität zwischen armen und reichen Städten in Deutschland.

Unverändert ist die Tatsache, dass die Entlastung im kommunalen Finanzausgleich für die Städte nicht auskömmlich ist.

Unverändert ist, dass wir nach wie vor ansteigende Aufwendungen für die soziale Sicherung haben und

unverändert ist schließlich, dass nur noch 7,4 % (2018: 7,3 %) des Gesamthaushaltes auf die sogenannten freiwilligen Leistungen entfallen, die Ausfluss der kommunalen Selbstverwaltung sind und die im Grunde die Kommune lebenswert machen.

Verändert ist die Situation durch den Zustrom von Flüchtlingen. Hieraus sind viele große Herausforderungen und Anforderungen an die Kommune erwachsen, die sich in der Haushaltsaufstellung abbilden.

Verändert sind weiterhin große Planungen und Investitionen nochmals im Kindertagesstättenbereich und in der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere das Projekt City West.

3. Disparität zwischen armen und reichen Städten

Der Befund, dass prosperierende Kommunen solchen gegenüberstehen, deren Einkünfte weniger stark wachsen, bzw. bei denen die Ausgaben schneller als die Einnahmen steigen, hat uns veranlasst, dies einmal genauer zu hinterfragen. Denn es stellt sich heraus, dass die Situation für diejenigen, die schon aus der Vergangenheit eine hohe Schuldenlast mit sich führen, besonders schwierig ist.

Ludwigshafen gehört zweifellos zu dieser letztgenannten Gruppe. Trotz guter Gewerbesteuererinnahmen befindet sich unsere Stadt bei den Schulden im Kernhaushalt mit 7.051 € auf Platz 7.

Da drängt sich dann schon die Frage auf, ob die Stadt neben den ihr übertragenen Pflichtaufgaben im freiwilligen Bereich zu viel verausgabt haben könnte.

Dieser Vorwurf wird jedoch schon allein dadurch entkräftet, dass in den Haushaltsjahren 2017/18 nur noch 7,4 bzw. 7,3 % der Aufwendungen, also 48,6 Mio. €, für freiwillige Leistungen genutzt wurden. Das heißt: 93 % unserer Ausgaben sind nicht selbstbestimmt.

Zudem wurden durch die Aufsichtsbehörde unsere Spielräume bei Investitionen strikt begrenzt. Sie sind nur noch möglich, wenn sie unabdingbar notwendig sind oder das Projekt durch Fördermittel co-finanziert ist. Für jede Investition über 100.000 € benötigen wir eine Genehmigung der ADD.

Allein diese Rahmenbedingungen zeigen, dass wir allein als Stadt und Stadtrat nur schwer etwas an dieser grundsätzlichen Situation ändern können. Es entbindet uns aber nicht davon, den Ursachen der Verschuldung auf den Grund zu gehen. Diese Überlegungen sollen dem Haushaltsentwurf vorangestellt werden.

Dann werde ich nur kurz auf die Eckdaten des Haushalts eingehen, weil dies der Kämmerer in seiner Haushaltsrede später sehr ausführlich darstellen wird, und schließlich möchte ich die großen Aufgaben, Herausforderungen der nächsten 2 Jahre und der von uns verfolgten Strategien darlegen – denn im Haushalt werden dazu die Eckdaten grundgelegt.

I. Analyse der Ist-Situation und Erklärung des Befunds

1. Schuldensituation

Ursache der Verschuldung ist das strukturelle Defizit in vielen kommunalen Haushalten, das von den Städtetagen auf Bundes- und Landesebene immer wieder benannt wird. Dies bedeutet, dass die Pflichtaufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, wie der Ausbau und Unterhalt der Kinderbetreuung, die Schulraumversorgung, die Jugendhilfe, die Erziehungshilfe, die Eingliederungshilfe, die K.d.U. und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz u.a. in den

zurückliegenden Jahren derart angewachsen sind, dass die Ausgaben die Einnahmen dauerhaft übersteigen. Ein ausgeglichener Haushalt ist damit nicht mehr möglich, erst recht kein Schuldenabbau.

Die Finanzausstattung vieler Kommunen ist in Relation zu den von ihnen zu erfüllenden Aufgaben vollständig unzureichend. Dies ist auch der Grund, weshalb in den vergangenen Jahren Kassenkredite in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 7 Mrd. € angewachsen sind.

Viele Kommunen sind unterfinanziert und vor allem die Städte müssen jährlich weitere Kassenkredite aufnehmen. Dabei ist finanzwissenschaftlich die Feststellung gesichert, dass dies nichts damit zu tun, dass Kommunen in ihren Haushalten beeinflussbare freiwillige Leistungen ungezügelt ausgebaut oder ihre Investitionen über die Maßen ausgeweitet hätten. Beides ist nicht der Fall (siehe oben). Dass wir in den letzten 2 Jahren in den Nachtragshaushalten die Höhe der Kassenkredite etwas zurückführen konnten, hat vor allem mit Einmaleffekten und der besonders guten konjunkturellen Lage zu tun.

Strukturell hat sich die Situation der Finanzierung der Kommunen leider nicht verbessert. In keinem einzigen Fall der sozialen Bundes- und Landesgesetzgebung der letzten Jahre von der U3-Kinderbetreuung bis zur Eingliederungshilfe oder Schulbuchausleihe, sind den Kommunen im Sinne der Konnexität tatsächlich die erforderlichen Finanzmittel zugeflossen und je höher der Anteil von Sozialleistungsempfängern in der Bevölkerung ist, umso dramatischer ist die finanzielle Lage in der jeweiligen Kommune.

Aus diesem Grunde ist die Stadt Ludwigshafen dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden für die Würde unserer Städte“ beigetreten und fordert eine qualitative und quantitative Bestandsaufnahme der großen sozialen Kostenblöcke und eine ehrliche Analyse, welche Defizite diese Kostenblöcke in den jeweiligen kommunalen Haushalten verursachen, sowie eine entsprechende auskömmliche Finanzausstattung.

Um zu verhindern, dass die Kassenkredite der rheinland-pfälzischen Kommunen weiter anwachsen, haben diese parteiübergreifend durch ihre kommunalen Spitzenverbände getragen, beim Verfassungsgerichtshof Normenkontrollanträge gegen das Landesfinanzausgleichsgesetz 2014 gestellt. Leider wurden diese als unzulässig zurück gewiesen, weil zuvor der Rechtsschutz der Verwaltungsgerichte in Anspruch zu nehmen sei. Letzteres ist nun passiert und der Innenminister des Landes hat das zu ergehende Urteil dann für alle gültig erklärt.

Für die rheinland-pfälzischen Städte, hat nun die Stadt Kaiserslautern stellvertretend gegen das Land geklagt. Wir hätten lieber auf dem Verhandlungswege unser legitimes Ziel erreicht. Aber die aktuelle Verschuldungslage der Städte macht deutlich, wie groß die Sorge über die finanzielle Situation ist.

2. Ursachen der Verschuldung

Die Einnahmenseite der kommunalen Haushalte basiert vereinfacht auf 3 großen Einnahmeblöcken: die sogenannten Realsteuern, von denen die wichtigste und größte die Gewerbesteuer ist, die Anteile aus der Einkommensteuer und schließlich die Zuweisungen von Bund und Land, wobei Bundeszuweisungen i.d.R. indirekt sind, weil sie über die Länderhaushalte fließen.

Ludwigshafen hat eine sehr hohe Wirtschaftskraft und hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer, wenngleich diese Einnahmeart recht volatil ist, was die Jahre 2008 ff. gezeigt haben.

Allerdings wird das positive Bild der Einnahmesituation, das durch die Höhe der Gewerbesteuer entsteht, getrübt, wenn man den Blick auf die 2. tragende Säule der kommunalen Finanzen, die Einkommensteuer lenkt. Da ein großer Teil der Beschäftigten mit hohen oder sogar sehr hohen Einkommen nicht in Ludwigshafen wohnt, sondern im Umland, sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer wesentlich geringer als es die Wirtschaftskraft und das hohe Lohnniveau am Arbeitsort Ludwigshafen vermuten lassen.

Die 3. große Finanzierungsquelle, die allgemeinen Zuweisungen und Schlüsselzuweisungen sind völlig unzureichend. Es muss deutlich mehr Geld in den kommunalen Ausgleichstopf. Allein aus der Tatsache, dass 7 der 15 am meisten verschuldeten Städte in Rheinland-Pfalz liegen, die übrigen ausschließlich in NRW und dem Saarland, macht deutlich, dass landestypische Verteilmechanismen eine Rolle spielen müssen.

Sind bereits die Einnahmen niedriger, als die Qualitäten des Wirtschaftsstandortes vermuten lassen, fallen auch die Sozialausgaben höher aus, als man bei einer Stadt mit einem derart hohen Angebot an Arbeitsplätzen vermuten würde. Obwohl täglich mehr als 60.000 Menschen von außerhalb zur Arbeit nach Ludwigshafen kommen, liegt die Arbeitslosenquote mit 8,9 % (Stand August 2016) über dem Bundesdurchschnitt.

Schwerer noch wiegt aber der hohe Anteil von Einwohnern, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) erhalten. Während im Mai 2016 bundesweit auf 100 Einwohner in der Altersgruppe unterhalb der Regelaltersgrenze 9,3 Regelleistungsberechtigte kamen, waren es in Ludwigshafen 16,0. Entsprechend schwer lasten die Kosten der Unterkunft auf der Stadtkasse – neben den sozialpolitischen Herausforderungen, die daraus resultieren.

Betrachtet man den Bereich der sozialen Sicherung im Haushaltsplan für 2017, so, stehen einem Aufwand von 204,9 Mio. € Erträge in Höhe von 92,1 Mio. € gegenüber. Das bedeutet einen Nettobetrag von 112,8 Mio. €, den die Stadt allein zu tragen hat.

Dies belegt, dass die gute Einnahmesituation zu einem ganz großen Teil im negativen Sinn durch eine hohe, überwiegend vorgegebene Kostenbelastung kompensiert wird, was man dann auch als strukturelles Defizit bezeichnet.

3. Das Stadt-Umland-Verhältnis

Eine spezielle Sondersituation der Stadt Ludwigshafen ergibt sich auch aus der Stadt-Umland-Problematik, die im vorderpfälzischen Raum besonders deutlich zu

Tage tritt. In einem Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Inneren und für Sport, hat Prof. Junkernheinrich von der Universität Kaiserslautern die Problematik der Kernstadt Ludwigshafen und des direkt angrenzenden Speckgürtels beleuchtet. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass im Speckgürtel vorwiegend diejenigen wohnen, die in der Kernstadt arbeiten, dort zur Schule gehen und Einrichtungen wie das Klinikum, das Theater und die Museen, die Stadtbibliothek, die Musikschule, etc. nutzen. Diese hohen Pendlerverflechtungen aus dem Umland führen zu einer besonderen finanziellen Belastung des Oberzentrums Ludwigshafen – ohne jeglichen Kostenersatz.

Ludwigshafen ist das wirtschaftliche Kraftzentrum der Vorderpfalz. Mit einer Wertschöpfung von 10,7 Mrd. € im Jahr 2013 lässt die Stadt den angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis (2,1 Mrd. €) ebenso wie die benachbarten Mittelzentren weit hinter sich. Dementsprechend hoch ist die Zahl der Einpendler. Diese Einpendler wohnen im Speckgürtel, so dass ein beträchtlicher Teil des Anteils an der Einkommensteuer in diesen Gebietskörperschaften in Ludwigshafen erwirtschaftet aber nicht vereinnahmt wird.

Gerade die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen bevorzugen das Umland als Wohnort während in der Kernstadt überproportional viele einkommensschwache Haushalte und ein hoher Anteil von Menschen, die auf existenzsichernde Transferleistungen angewiesen sind, anzufinden sind. Dazu kommen auch noch hohe Ausgaben für die Jugendhilfe, so dass als Fazit festgestellt werden kann: die Einkommensteuer fließt in das Umland – die sozialen Kosten bleiben in der Stadt.

Dazu kommt, dass die Umlandgemeinden nicht nur von dem reichhaltigen Arbeitsplatzangebot in Ludwigshafen profitieren, sondern dass die Stadt zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, die die Menschen in die Stadt bringt, beträchtliche Leistungen, vor allem im Bereich des Straßenbaus und ÖPNV vorhalten muss. Besonders augenfällig wird dies bei der Diskussion um den Ersatz der Hochstraße Nord und der Finanzierung dieser verkehrswichtigen Infrastruktur. Die wenigsten Pkws auf dieser Straße tragen das Kennzeichen LU. Dennoch ist allein die Stadt Ludwigshafen verantwortlich für die Finanzierung der Ersatzstraße, während das gesamte Umland profitiert und nichts dafür zahlen muss.

In diesem Zusammenhang sind auch die Schulen zu nennen. Als Oberzentrum verfügt Ludwigshafen über ein großes Angebot an weiterführenden Schulen und berufsbildenden Schulen, die zu einem beträchtlichen Teil Auswärtigen zu Gute kommen. Über alle Schularten hinweg, sind ungefähr über 1/3 der Schüler nicht in Ludwigshafen ansässig, ohne die Grund- und Realschulen Plus sind es sogar 50 %.

Schließlich gilt letzteres auch für den ÖPNV. Von den anfallenden Fehlbeträgen, beispielsweise im Bereich der Rhein-Haardt-Bahn, übernimmt Ludwigshafen mehr als 50 %, während die Nutzer fast überwiegend aus dem Umland kommen.

4. **Haushaltskonsolidierung**

In Anbetracht dieser besonderen Belastungen aus der Stadt-Umland-Problematik und in Anbetracht der strukturellen Defizites und vor der Folie der Tatsache, dass freiwillige Leistungen nur noch weniger als 8 % des Gesamthaushaltes ausmachen, würde es nicht verwundern, wenn die Stadt die Anstrengungen aufgegeben hätte, ihrerseits das möglich zu tun, um die Gesamtsituation zu verbessern. Dies war aber nicht der Fall!

5x 8 Mio. € oder die Kuseler Liste

Im Zeitraum von 2002 – 2006 wurde das Konsolidierungsprojekt 5x 8 Mio. € umgesetzt. Hier wurden Maßnahmen entwickelt und als Einzelmaßnahmen nachgewiesen, die den Verwaltungshaushalt der Dezernate um 24,5 Mio. € jährlich, konsolidierten. Mit Einbeziehung der fiktiven Budgets verbesserte sich diese Bilanz um weitere 17 Mio. €.

Benchmarking

Bereits im Herbst 2007 wurde das Projekt Benchmarking gestartet. Für die Stufe 1, Haushaltsstrukturanalyse mit der Methode Benchmarking, wurden 19 Handlungsfelder identifiziert mit einem Potential von 18,6 Mio. €.

Kommunaler Entschuldungsfond

Nach Umstellung auf den doppischen Haushalt und der Einführung des kommunalen Entschuldungsfonds durch das Land Rheinland-Pfalz wurde noch einmal konsolidiert und Beiträge in Höhe von 12,7 Mio. € identifiziert, die die Haushaltsausgaben verringerten. Die Stadt Ludwigshafen ist dem kommunalen Entschuldungsfonds beigetreten. Sie beteiligt sich beginnend im Jahre 2012 mit einem nachhaltigen Konsolidierungsbeitrag von 10,3 Mio. € jährlich an dem Fond und erhält im Gegenzug 20,6 Mio. € jährlich an zusätzlicher Unterstützung.

NRS

Das große, derzeit in der Verwaltung laufende Projekt Neue-Ressourcen-Steuerung, hat zwar primär zum Ziel, durch eine grundsätzliche Aufgabenbefragung den Aufgabenkatalog der Stadtverwaltung zu durchforsten. Ziel ist es, die Aufgabenstellung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (bottom up) zu diskutieren, um dabei, vor allem aus demografischen Gründen, erforderliche Personalentwicklungen frühzeitig analysieren und entsprechend Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Mittelbar erwachsen eventuell aus diesen Ergebnissen (das Verfahren ist in der Auswertungsphase) auch Erkenntnisse, die haushaltswirksam sein könnten.

I. Die Haushaltszahlen im Doppelhaushalt im Einzelnen

Der Kämmerer und ich haben uns vereinbart, dass ich nur ganz grob im Überblick die Kernzahlen des Haushaltes vorstelle.

1. Eckdaten

Der Doppelhaushalt verzeichnet im Haushaltsjahr 2017 Erträge von 570 Mio. €. Das sind rund 12,8 Mio. € mehr als im Ansatz für 2016. Für 2018 haben wir 574 Mio. € angesetzt.

Auf der Ausgabenseite verzeichnen wir im Entwurf für 2017 Aufwendungen in Höhe von rund 661,1 Mio. €. Das ist gegenüber dem laufenden Jahr eine Steigerung von 30,5 Mio. € oder 4,61 %. Für 2018 rechnen wir mit Aufwendungen von 674 Mio. €.

Dies führt zu einem Fehlbetrag von 91,1 Mio. € in 2017 bzw. 99,6 Mio. Euro in 2018. Kassenwirksam, d.h. ohne Abschreibungen und Sonderposten sind dies für 2017 52,8 Mio € (2018: 59,3 Mio €). Wir liegen damit deutlich über dem Ansatz für das laufende Jahr und sind weit entfernt vom Rechnungsergebnis für 2015.

Die Gründe dafür liegen in Entwicklungen, die wir kaum beeinflussen können. Der größte Teil des Haushaltes – mehr als 92 % - besteht aus Pflichtausgaben, nur knapp 8 % des Haushaltsvolumens entfallen auf die sogenannten freiwilligen Leistungen.

Wenn man den Begriff „freiwillige Leistungen“ hört, könnte man denken, dass es sich um nicht notwendige Leistungen handelt, auf die die Kommune auch verzichten könnte. Dies ist bei Leibe nicht der Fall.

Vielmehr geht es hier um das, was eine Stadt lebendig und attraktiv macht. Es geht um Sport, es geht um Kultur, es geht um die Grünpflege. Darunter fallen beispielsweise auch Stadterneuerung in der sozialen Stadt oder in Sanierungsgebieten, die Drogenhilfe und Altenhilfe, die Angebote der Volkshochschule, Allgemeine Sportpflege, Bezirkssportanlagen, Hallenbäder, kulturelle Einrichtungen wie die Stadtbibliothek oder das Theater und das WHM. Es geht um Beratungsangebote für Menschen, die in Not geraten sind. Und es geht weiterhin um Zuschüsse für die Vereine, die ihrerseits einen wichtigen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt leisten.

Viele dieser Leistungen sind bereits seit Jahren eingefroren. Das heißt, das Budget wird nicht weiter erhöht, obwohl die Kosten auch in diesen Bereichen steigen. Wir haben es also längst mit einer realen Verschlechterung der Zuschüsse zu tun – eigentlich müssten wir in diesen Bereichen Anpassungen vornehmen.

2. **Einnahmeseite/Erträge im einzelnen**

Die Stadt Ludwigshafen erwartet in den beiden kommenden Jahren Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von jeweils 185 Mio. €. Dies ist auf die gute wirtschaftliche Situation, die Konjunkturlage und den hohen Beschäftigungsstand zurück zu führen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt sich weiterhin mit 65,6 Mio. € 2017 (68,2 Mio. € 2018) positiv. Auch dies ist auf den hohen Beschäftigungsstand in der Stadt zurück zu führen und auf die Tatsache, dass es uns in den letzten Jahren gelungen ist, dass viele junge, wirtschaftlich aktive Familien ihren Wohnsitz in unsere Stadt verlegt haben. Wir können stolz sein, dass wir die 170.000 Einwohner-Marke inzwischen übersprungen haben.

Dazu kommen Zuweisungen für soziale Aufgaben in Höhe von 92,1 Mio. €. Dem stehen jedoch Aufwendungen in Höhe von 204,9 Mio. € (2018 208,7 Mio. €) gegenüber, was unbeeinflussbar zu dem o.g. hohen Fehlbetrag führt. Und dabei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass hierbei die Personalaufwendungen zur Erledigung dieser Aufgaben nicht berücksichtigt sind. Nochmals: Hier sind Bund und Land gefordert, den Kommunen nachhaltig zu helfen.

Die Schlüsselzuweisungen B1, B2 und C1 und C2 in Höhe von insgesamt 28,6 Mio. € 2017 (für 2018 gilt derselbe Wert) sind bei weitem nicht auskömmlich. Mit der Schlüsselzuweisung B1 werden die Auftragsangelegenheiten vergütet. In den Jahren 2017 und 2018 erhalten wir keine Schlüsselzuweisung B2. Aus der Zuweisung C1 und C2 durch das neue Landesfinanzausgleichsgesetz erwarten wir Einnahmen in Höhe von 18,3 Mio. € 2017 (für 2018 gilt derselbe Wert). Diese Zuweisungen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber sie reichen bei weitem nicht aus. Der kommunale Finanzausgleich muss auf die Ausgabensituation insbesondere der Städte deutlich mehr Rücksicht nehmen.

3. Ausgaben/Aufwendungen im einzelnen

Der größte Ausgabeposten sind die Aufwendungen der sozialen Sicherung (EH 17). Sie belaufen sich im kommenden Jahr auf 204,9 Mio. € (2018: 208,7 Mio. €) und machen damit ein Drittel unserer gesamten Verwaltungsaufwendungen aus. Auch

wenn die Grundsicherung seit 2014 vollständig vom Bund übernommen wird und es Entlastungen bei den Kosten der Unterkunft, vor allem für die flüchtlingsbedingten Mehrkosten der Unterkunft, geben wird, bleibt dieser Bereich dramatisch unterfinanziert. (Zur Problematik strukturelles Defizit siehe oben).

Der zweithöchste Ausgabenblock im Haushalt sind die Personalausgaben mit rund 149 Mio. € in 2017 (2018: 152,6 Mio. €). Hier gibt es Kostenmehrungen von rund 10 Mio. €, die auf Tarifierhöhungen, aber auch auf den Personalaufwuchs im Bereich der Kindertagesstätten und für die Unterbringung und Betreuung der zu uns gekommenen Asylbewerber und Flüchtlinge zurückzuführen sind.

An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung ganz besonders für das Engagement, gerade im letzten Jahr, zu danken. Die Aufgaben in der Verwaltung sind nicht kleiner geworden, die Herausforderungen komplex und der Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlinge hat die gesamte Verwaltung noch einmal mit besonderen Aufgabenstellungen herausgefordert. Die Kolleginnen und Kollegen haben diese Mammutaufgabe aufs Beste bewältigt und es ist gerade im Bereich der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlingen alles unternommen worden, um zu verhindern, dass diese in Turnhallen und Schulen untergebracht werden müssen. Dieser große Erfolg war auch möglich aufgrund eines hohen ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt, für das ich auch sehr dankbar bin.

Bei den Aufwendungen fallen neben den deutlich steigenden Sachausgaben natürlich auch die Zinsaufwendungen für Liquiditäts- und Investitionskredite ins Gewicht. Aufgrund des hohen Schuldenstands betragen sie trotz niedrigen Zinsniveaus 25,9 Mio. € für 2017 (2018: 28,6 Mio. €). Man möge sich an dieser Stelle nicht vorstellen, was es bedeuten würde, wenn wir die Zinssätze früherer Jahre zugrunde legen müssten. Inzwischen ist es fast so, dass wir mit der Aufnahme von Krediten noch positive Effekte erzielen – eine falsche Welt.

Mit der Aufstellung des Haushaltes wird der Rahmen gesetzt und es wird deutlich gemacht, wo die Stadt Ludwigshafen die Schwerpunkte setzt. Denn neben den

freiwilligen Aufgaben sind es die Investitionsentscheidungen, aus denen sich ergibt, welche Strategie wir für die Stadt Ludwigshafen verfolgen.

Natürlich steuert nicht nur die Stadt Ludwigshafen durch ihren Haushalt die Entwicklung der Stadt, sondern in vielen Bereichen wird Stadtentwicklung auch, und vor allem durch privates Engagement, durch die Akquise von Investoren, durch eine gezielte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung beeinflusst. An dieser Stelle des Haushalts sollen nur diejenigen Entwicklungen dargestellt werden, die haushaltsrelevant sind.

I. **Die Zukunft gestalten**

Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, gemeinsam mit den stadträtlichen Gremien, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und mit vielen Ehrenamtlichen möchten wir die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Wir lassen uns nicht durch die prekäre Haushaltslage entmutigen, sondern bringen unsere Ideen und unser Engagement ein, um die Stadt nach vorne zu bringen. Die erfolgreichen Beteiligungsverfahren im Zusammenhang mit City West, aber auch innerhalb der Verwaltung bei der Neuen Ressourcensteuerung belegen, dass die Entwicklung unserer Stadt begleitet und mit Interesse verfolgt wird und beeinflusst werden will.

Lassen sie mich an dieser Stelle einige wichtige Punkte ansprechen, von denen ich glaube, dass sie für die positive Weiterentwicklung und für den sozialen Frieden unserer Stadt wichtig sind.

1. **Die Integration von Flüchtlingen**

Die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Während die Verteilung und Registrierung der Flüchtlinge im

Aufgabenbereich des Bundes und die Organisation der Erstaufnahme im Verantwortungsbereich der Länder liegt, ist offensichtlich, dass die größte Aufgabe, nämlich die Integration der zu uns kommenden Menschen, vor Ort in den Kommunen geleistet werden muss.

Das war in Ludwigshafen nur mit einer ungeheuren Kraftanstrengung der Bürgerinnen und Bürger und der Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung zu leisten. Sie alle haben diese Herausforderung 2015 und 2016 überzeugend angenommen und sich dieser humanitären Aufgabe gestellt. Die Stadt Ludwigshafen hat ein umfangreiches Programm hier im Stadtrat verabschiedet, das entsprechend haushaltswirksam ist und sich auch im Haushalt der nächsten 2 Jahre niederschlägt. Personal wurde aufgestockt, Millionenbeträge in Unterkünfte investiert, Sprach- und Integrationskurse angeboten und vieles mehr.

Ich glaube, dass wir diese große Herausforderung in unserer Stadt wirklich gut bewältigt haben. Dazu gehört auch die große Sachlichkeit, mit der wir die notwendigen Maßnahmen hier im Stadtrat diskutiert haben und die große Einmütigkeit, mit der diese Politik hier in Ludwigshafen getragen wird. Dafür möchte ich an dieser Stelle Ihnen im Stadtrat auch noch einmal ganz herzlich danken.

Die den Kommunen von Bund und Land zugewiesenen Finanzmittel konnten bisher die dadurch entstandenen Aufwendungen auch nicht annähernd ausgleichen. Dies spiegelt sich im Nachtrags- und in dem vorgelegten Doppelhaushalt wieder.

Inzwischen haben wir dramatisch gesunkene Flüchtlingszahlen, aber wir stehen jetzt vor der Aufgabe, diejenigen, die bei uns bleiben werden, weiter zu versorgen und in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir begrüßen es, dass Bund und Länder sich dahingehend geeinigt haben, dass vom Bund 7 Mrd. bis 2019 an Flüchtlingskosten, sowie die Kosten der Unterkunft die flüchtlingsbedingt sind, übernommen werden.

Unberücksichtigt sind bislang komplett die Kosten für Investitionen. Sei es für Notunterkünfte, für dauerhafte Unterbringung in neu gebauten oder angemieteten

Wohnung, sei es für den Ausbau von Kindertagesstätten aufgrund der vielen Flüchtlingskinder oder der Erweiterungserfordernisse an Schulen – bislang gibt es für diese Investitionen noch keinerlei Zusagen. Bund und Land sind hier in der Pflicht.

Die eben genannten Bundesmittel von 7 Milliarden € müssen auch tatsächlich bei den Kommunen ankommen, weil immense Kosten für Integrationshelfer, Dolmetscher, Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit und die Organisation ehrenamtlicher Initiativen anfallen. Nochmals, Investitionen im sozialen Wohnungsbau, Schulen- und Kindergartenerweiterungen sind noch gar nicht berücksichtigt. Gerade im Bereich kostengünstiges Bauen erwarten wir von Bund und Land nachhaltige Unterstützung.

2. Kindertagesstätten und Schulen

Wie in den vergangenen Jahren liegt der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bei den Kindergärten und Schulen. Bildung und sozialer Zusammenhalt sind für uns die herausragenden Themen der Zukunft,. Für den Ausbau der U3-Plätze haben wir in den letzten Jahren insgesamt schon über 80 Mio. € verausgabt. Das neue Programm 3.0 umfasst noch einmal gut 57 Mio. € in den nächsten beiden Haushaltsjahren. Auch hier werden wir nicht entsprechend ausfinanziert. Bei dem dem U3-Programm zugrunde liegenden „Krippengipfel“ war vereinbart worden, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils 1/3 der Kosten übernehmen. In Ludwigshafen wurden bislang nur 10,1 Mio. € von 80 Mio. € verausgabten Mitteln von Bund und Land übernommen.

Wie auch bei den Integrationskosten finanzieren wir bei den Investitionen für die KiTas den Löwenanteil. Aber dies ist alternativlos. Denn nach unserer Auffassung ist frühkindliche Bildung und ein gutes Angebot an Kindertagesstätten essentiell für eine Stadt, die mehr Zuzug als Wegzug hat und die jungen Familien die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen will. Eine gute Kinderbetreuung ist heute eine Grundvoraussetzung für die Attraktivität einer Stadt.

Gleiches gilt für den Schulausbau. Gute Bildungseinrichtungen sind essentiell für die Entwicklung unserer Schülerinnen und Schüler.

Das Schulausbauprogramm umfasst in beiden Haushaltsjahren rd. 16,0 Mio. €, wobei der größte Anteil auf die Sanierung der IGS Ernst-Bloch entfällt. Daneben sind weitere Schulausbauten erforderlich, da die Stadt wächst, wir mehr Zuzug haben - jenseits der bekannten Problematik der jungen Familien, die aktuell zu uns gekommen sind. Auch hier erhalten wir nur marginale Zuschüsse.

3. ÖPNV und Verkehrsinfrastruktur

Beginnend mit diesem Doppelhaushalt, aber vor allem auch in den weitergehenden Haushalten wird die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Umbau der Hochstraße Nord und dem Projekt City West erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern. In diesem Doppelhaushalt sind große Beträge für Vorhaben eingesetzt, die vor allem vor dem Umbau City West erledigt sein sollen.

Hierzu zählt der Ausbau der Straßenbahn-Linie 10 nach Friesenheim, für den wir bis 2020 28,5 Mio. € eingeplant haben, sowie der Anschluss der BASF an das S-Bahn-Netz, für den wir bis 2019 knapp 2 Mio. € ausgeben werden.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Erhöhung des Investitionszuschusses für die VBL auf 8,4 Mio. € 2017 und 9,1 Mio. € 2018.

Die Hochstraße Süd wollen wir bis 2019 für knapp 25 Mio. € so ertüchtigen, dass dort danach keine größeren Bauarbeiten mehr nötig sind. Dasselbe gilt für die großen Ausfallstraßen im Norden und Süden der Stadt. Brunckstraße und Lagerhausstraße müssen vollständig saniert sein, bevor wir mit den Arbeiten im Bereich der Hochstraße Nord beginnen.

4. Verwaltung 4.0

Die Digitalisierung ist eine der großen Herausforderungen der Gesellschaft. Veränderungsprozesse in der Verwaltung werden mit dem Stichwort Verwaltung 4.0 umschrieben.

E-government, E-Akte, Wissensdatenbanken, Behördennummer 115, etc. wurden im Zuge der Diskussionen bei der NRS adressiert und sollen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Entsprechende Ansätze finden sich im Haushalt, in dem 2,5 Mio. € für die städtische EDV vorgesehen sind.

Durch den Nationalen IT-Gipfel in Ludwigshafen im Pfalzbau im Juni 2017 wird dieses Thema prominent besetzt werden.

5. **City West und Stadthaus Nord**

Alle im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtstraße anfallenden Planungen und Vorüberlegungen finden ihren Niederschlag im Haushalt 2017/18.

Wir arbeiten mit höchster Intensität an guten Lösungen. Es ist derzeit offen, in welche Richtung die Vereinbarungen mit dem Grundstücksfonds, dem das Rathaus-Center gehört, gehen werden. Wir sind jedoch beidseitig guten Willens, eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Wir werden hierüber eigens am 07.11.2016 den Gremien berichten.

Ein weiteres wichtiges Projekt in diesem Bereich ist die energetische Sanierung des Stadthauses Nord. Dies gelingt nun aufgrund des Konjunkturpakets II.

6. **Sport, Kultur, Soziale Stadt und Ehrenamt**

Die Sanierung des Willersinn-Bades geht weiter. Die Kosten für den 3. Bauabschnitt belaufen sich auf rund 2 Millionen Euro, von denen 840.000 € im Jahre 2017 haushaltswirksam werden. Auch der 3. Bauabschnitt wird durch das Land mit 672.000 € gefördert. Damit wird endlich der Wunsch Wirklichkeit, dass das Willersinn Bad insgesamt saniert wird.

Die Stadtbibliothek ist unsere größte Investition im Bildungsbereich. Mit Hilfe von EFRE-Mitteln im 1. Bauabschnitt und von Städtebaufördermitteln im 2. Bauabschnitt, kann nun auch das Ludwig-Reichert-Haus saniert werden. Hierfür sind im Haushalt 2017/18 in Höhe von 460.000 € vorgesehen.

Die Stadtbibliothek ist zudem unsere größte Eigeninvestition in der Ludwigshafener Innenstadt. Daneben gibt es weitere Entwicklungen, die sicherlich gute Auswirkungen auf die Innenstadt haben. Die Investition im ehemaligen Kaufhof durch die TWL wird im Jahr 2017/18 ebenso wie der Bau des Metropol am Berliner Platz Form annehmen. Daneben investiert die GAG zukunftsweisend in ein größeres Objekt, das den Eingang zum Bürgerhof deutlich attraktiver macht.

Ein wichtiger Baustein in der Stadtentwicklung ist das Projekt „Soziale Stadt“. In Oggersheim und West können wir die geplanten Begrünungsmaßnahmen umsetzen, was zur Attraktivität des Quartiers beiträgt.

In dem ehrenamtlichen Bereich führen wir auch in diesem Doppelhaushalt alle bewährten Angebote, Unterstützungen und Projekte wie auch in den vorangegangenen Haushaltsjahren weiter. Es werden keine Kürzungen vorgenommen: wir fördern die Vereine und unterstützen das hohe ehrenamtliche Engagement, das hier gezeigt wird. An dieser Stelle möchte ich mich bei all den ehrenamtlich Engagierten bedanken, für das was sie jeweils in ihrem Einwirkungsbereich für die Stadtgesellschaft leisten.

V. Dank und Ausblick

Die Stadt Ludwigshafen steht vor großen Herausforderungen. Aber wir sind nicht allein. Zur Einordnung der Ludwigshafener Befunde habe ich den Bereich Stadtentwicklung beauftragt, eine Bestandsaufnahme mit vergleichbaren Städten zu machen, um herauszufinden, wo Ansatzpunkte, Erklärungen, aber auch positive Ansätze für Ludwigshafen zu finden sind.

Die Vergleichsstädte waren alles Städte mit hohen Defiziten und ähnlichen stadtstrukturellen Ausgangslagen, Städte nach Strukturwandel, Industriestädte, etc.

Im direkten Vergleich mit anderen hochverschuldeten Städten gibt es für mich wichtige, positive Ansätze, die in Ludwigshafen zu Buche schlagen.

Positiv ist die Einwohnerentwicklung in Ludwigshafen. Aufgrund von Arrondierungen und der Ausweisung neuer Baugebiete in den letzten Jahren hat sich der Anteil von jungen Familien, die nach Ludwigshafen ziehen, deutlich erhöht.. Ludwigshafen sticht mit einem Einwohnerplus deutlich heraus, während andere Städte Einwohnerverluste verkraften müssen. Manche Studien aus der Immobilienwirtschaft sprechen sogar davon, dass Ludwigshafen eine Schwarmstadt sei.

Positiv ist weiterhin, dass Ludwigshafen eine junge Stadt ist. Dies berechnet sich durch einen sogenannten Jugend-Quotient. Er war der höchste unter allen Vergleichsstädten. Dazu kommt ein sehr niedriger Altersquotient, was dazu führt, dass daraus besondere Herausforderungen erwachsen. So sehr eine junge Bevölkerung mit Zukunftschancen assoziiert wird, muss man allerdings auch beachten, dass damit zugleich vermehrt kommunale Aufgaben im Hinblick auf die Bereitstellung von Betreuungsangeboten für Kinder oder bei der Gestaltung der Bildungslandschaft einhergehen.

Weiterhin positiv ist die Tatsache, dass die Wirtschaftskraft unserer Stadt deutlich über dem der Vergleichsstädte liegt. Dabei gehört zu den größten Vorteilen das hohe Lohnniveau, allerdings schon mit der oben beschriebenen Maßgabe, dass die Verdienste zu einem großen Teil den Einpendlern, also dem Umland zugutekommen.

Aufgrund des oben beschriebenen Zuzugs und auch der gestiegenen Zahl an Arbeitsplätzen in Ludwigshafen steigen auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer. Dies zu verstetigen und für alle Bevölkerungsschichten attraktive Wohnmöglichkeiten in der Stadt zu bieten, muss unser Ziel bei der Stadtentwicklung sein. Wir wollen Angebote für die ganze Bandbreite der Gesellschaft schaffen: vom kostengünstigen Bauen bis hin zum hochwertigen Wohngebiet.

Positiv ist schließlich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Ludwigshafen. Sie ist um ca. 20 % gewachsen, auch eine Steigerungsrate, die uns von den Vergleichsstädten abhebt.

Meine Damen und Herren, liebe Mitglieder des Stadtrates,

wir haben unsere Haushaltslage umfassend analysiert und beschrieben. Sie ist am Ende Folge unserer Sozialstruktur und der völlig unzureichenden Finanzierung der Ausgaben im sozialen Bereich.

Ich habe beschrieben – und Sie wissen das ja auch alle – wie gering unsere finanziellen Spielräume und Handlungsmöglichkeiten sind. Umso wichtiger ist es, dass wir die wenigen Spielräume, die wir haben, gut nutzen und die richtigen Schwerpunkte setzen. Es gibt genügend gute Ansätze eine nachhaltig positive Entwicklung unserer Stadt. Aber: Wir brauchen einen langen Atem.

Ich möchte deshalb schließen mit 2 Botschaften, die auch schon beim Doppelhaushalt 2015/2016 galten. Nämlich:

1. Das Grundproblem unserer Finanzen haben wir nicht verschuldet. Wir werden auch aus eigener Kraft eine Entschuldung nicht mehr durchführen können. Die beiden staatlichen Ebenen Bund und Land sind dringend aufgefordert, uns zu helfen.
2. Trotz dieser Einschränkungen verlieren wir dennoch nicht die Zuversicht und nicht die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt aus den Augen. Im Doppelhaushalt 2017/18 lässt sich dies dahingehend zusammenfassen, dass wir Ludwigshafen für Menschen und Unternehmen attraktiv machen wollen und die Lebensqualität auf allen Feldern unserer Stadt erhalten wollen.

Mein Dank gilt allen, die bereit sind, sich an diesen Aufgaben zu beteiligen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in die Gestaltung unserer Stadt einbringen.

Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrats, die sie bereit waren, durch die Übernahme des kommunalen Amtes, Verantwortung in diesen schwierigen Zeiten für die Stadt Ludwigshafen zu übernehmen.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung in allen Bereichen und allen Aufgabenfeldern.

Ein besonderer Dank gilt zur Einbringung des Haushaltes unserem Kämmerer Dieter Feid und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, die die Last der Haushaltsaufstellung getragen haben.

Mein Dank gilt auch der Kollegin und den Kollegen im Stadtvorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich bei der Erarbeitung des Zahlenwerks eingebracht haben und die sich mit großer Ernsthaftigkeit bemüht haben, die Kosten im Griff zu halten.

Ich wünsche uns allen gute, sachliche und konstruktive Beratungen in den kommenden Wochen bis zur Verabschiedung des Haushaltes.

Vielen Dank.